

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

+++ *** *** <p style="text-align: center;"><u>Datum : 17.07.2022</u></p>	*** Erster Landesbeamter Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis Neckarelzer Straße 7, 74821 Mosbach Fax: 06261/84-4700
---	---

EINGELADENE PROZESSBEOBACHTUNG:

**ZUR AUFARBEITUNG VON NATIONALSOZIALISTISCHEM UNRECHT
UND NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN
BEIM LANDRATSAMT MOSBACH**



**OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH vom
17.07.2022**

"Beim Novemberpogrom 1938 zerstörten Angehörige des Mosbacher SS-Zuges die Synagoge. Sie drangen in die Synagoge ein und demolierten die Einrichtung. Danach wurden das Mobiliar, die Kultgegenstände und die Torarollen auf dem Marktplatz verbrannt. Die Synagoge wurde angezündet. Die Hitler-Jugend, die Schulkinder und eine große Menschenmenge sahen zu. Die Bauruine wurde einige Tage später abgebrochen. In den 1950er Jahren wurden auf dem Synagogengrundstück Garagen gebaut. Nach Abbruch der Garagen wurde 1985/86 der Platz mit einem Gedenkstein gestaltet. Zum 75. Jahrestag des Novemberpogroms 1938 wurden im November 2013 die Namen von 68 jüdischen Holocaust-Opfern aus Mosbach in den Gedenkstein eingraviert."

Quelle: <https://de.wikipedia.org>, 04.07.2022
Quelle: <http://www.alemannia-judaica.de>, 08.07.2022

////////////////////////////////////
*Sehr geehrte Damen und Herren in der Prozessbeobachtung
zur Verwaltungsarbeit im Rahmen der NS-Thematik beim Landgericht Mosbach,*

ich informiere Sie heute über die hier vorliegend konkrete Eingabe mit offiziellen Anträgen an das Landratsamt Mosbach sowohl hinsichtlich Aufklärungs- und Aufarbeitungsbemühungen zu nationalsozialistischen Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen als auch hinsichtlich aktuellen Bemühungen u. a. in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Nationalsozialismus des Landratsamtes Mosbach sowie hinsichtlich der Anerkennung von NS-Opfern, NS-Verfolgten und NS-Widerstandskämpfern beim Landratsamt Mosbach. Ggf. ergeben sich hier aus den weiteren Verfahrens- und Verwaltungsvorgängen notwendig offizielle zu

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

beantragende gesetzliche Neuregelungen zur Optimierung solcher Verfahren bei Landratsämtern.

////////////////////////////////////

OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH vom 17.07.2022:

Sehr geehrter Erster Landesbeamter beim Landratsamt Mosbach, ***

ich finde es zunächst einmal sehr begrüßenswert, dass sie über **Wissen und Kenntnisse** zu Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach verfügen.

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich direkt nachfragen muss, warum es dann nachweisbar Mitarbeiter*innen vom Landratsamt Mosbach nicht möglich ist, in der Lage oder Willens zu sein, in offiziell angeforderten Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen beispielsweise diese Ihre Wissensbestände zu nutzen und offiziell in ihren jeweiligen eigenen Antworten mitzuteilen ?

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre konstruktive Mitarbeit in dem Sinne, wo Sie mir am 14.07.2022 **nützliche Hinweise auf weitere sachdienliche spezifische historisch und juristisch komplexe Fachliteratur, Quellen und Literatur** zur benannten NS-Thematik anbieten.

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich direkt nachfragen muss, warum es dann nachweisbar Mitarbeiter*innen vom Landratsamt Mosbach nicht möglich ist, in der Lage oder Willens zu sein, solche wie von Ihnen benannten fachspezifischen Quellen und Literaturangebote in offiziell angeforderten Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen zu nutzen und offiziell in ihren jeweiligen eigenen Antworten mitzuteilen ?

Ich bedanke mich für Ihre **Literaturhinweise am 14.07.2022 zur benannten NS-Thematik mit AKTUELL einfach und schnell frei zugänglicher Literatur und anderen Medienquellen**, die auch den Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach jederzeit zur Verfügung stehen können, ohne dabei extra anstrengende und zeitaufwendige spezifische, historisch und/oder juristisch komplexe Fachliteratur bemühen zu müssen.

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich direkt nachfragen muss, warum es dann nachweisbar Mitarbeiter*innen vom Landratsamt Mosbach nicht möglich ist, in der Lage oder Willens zu sein, solche wie von Ihnen benannten einfach und schnell frei zugänglichen Medienquellen und Literaturangebote in offiziell angeforderten Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen zu nutzen und offiziell in ihren jeweiligen eigenen Antworten mitzuteilen ?

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Postalische Antwort-Ankündigung

Ich freue mich, gemäß Ihrer Email-Ankündigung vom 14.07.2022 auch noch eine postalische Antwort von Ihnen zu bekommen.

Pamphlet-Bewertung von Bürgereingaben zur Aufarbeitung der NS-Thematik

Ich bitte um ihr Verständnis, dass ich in meiner eigenen persönlichen Arbeitsweise und Ausdrucksweise versuche, sachlich zu bleiben, mich an Fakten zu halten und nicht andere Menschen zu beschimpfen oder zu beleidigen, zu bedrohen, zu diffamieren, zu diskreditieren oder zu diskriminieren. Auch nicht Personen oder Aussagen abzuwerten. Deswegen kann ich Ihre eigene Einschätzung und Bewertung als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach sowohl meiner Eingabe vom 14.07.2022 in der Geschwister-Scholl-Sache sowie in den vorherigen Eingaben zu meinen Aufklärungs- und Aufarbeitungsbemühungen von NS-Unrecht und NS-Verbrechen u.a. auch in Mosbach in Ihrer Email-Antwort vom 14.07.2022 als sogenannte „Pamphlete“ meinerseits auch nur schwer nachvollziehen.

Ich bitte um ihr Verständnis, dass ich Sie daran erinnern möchte, dass es auch damals zwischen 1933 und 1945 Menschen gab, die Flugblätter von NS-Widerstandsgruppen, wie auch in der Sache der Weißen Rose um die Geschwister Scholl, die sich sowohl gegen das Wirken des NS-Terror- und Vernichtungsregimes als auch gegen die nationalsozialistische politisch-ideologische Propagandahetze und Desinformation richteten, konkret als Pamphlete gegen Führer, Volk und Vaterland bezeichnet und abgetan haben, um diesen Veröffentlichungen damit die jeweiligen Inhalte sachlicher Argumentation gezielt abzusprechen. Und dass es m. E. leider heute tatsächlich immer noch Menschen geben kann, die solche Pamphlet-Abwertungen bezüglich der Veröffentlichungen des NS-Widerstandes heute AKTUELL sofort und bedenkenlos immer noch vornehmen würden.

Ich bitte um ihr Verständnis, dass ich Sie darauf aufmerksam machen möchte, dass ich Sie ganz konkret als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach in meiner Eingabe vom 14.07.2022, die Sie selbst dann als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach am 14.07.2022 als „Pamphlet“ bezeichnet und bewertet haben, in Absatz 5 auf den Fall des rechtsradikalen Bundeswehroffiziers Franco A. aufmerksam gemacht hatte. Und zwar als eines von vielen Beispielen der Infiltration von Rechtsextremisten, Reichsbürgern anderen Demokratiegegnern in bestimmten Gesellschaftsgruppen und staatlichen Institutionen. Ich hoffe davon ausgehen zu können, dass Sie als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach über die AKTUELL ALLGEMEIN VERFÜGBAREN Nachrichten, die zudem auch allen Landratsamtsmitarbeiter*innen in Mosbach jederzeit zur Verfügung stehen können, Kenntnis darüber erlangen konnten, dass HÖCHSTAKTUELL nur einen Tag später, am 15.07.2022, der Bundeswehroffizier Franco A. nach einem 14 Monate langem Prozess zu fünfeinhalb Jahren Gefängnisstrafe dafür verurteilt wurde, aus rechtsextremer Gesinnung heraus, Terroranschläge unter der Scheinidentität als syrischer Flüchtling geplant zu haben.

Ich bitte um ihr Verständnis, dass ich Sie darauf aufmerksam machen möchte, dass an dem selben Tag, an dem Sie als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Mosbach meine Eingabe vom 14.07.2022 sowie meine vorhergehenden Eingaben zu Aufarbeitungsbemühungen von NS-Unrecht und NS-Verbrechen u.a. auch in Mosbach dann noch als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach als „Pamphlete“ bezeichnet und bewertet haben, der baden-württembergische Verfassungsschutz gleichzeitig den gesamten Landesverband der AfD unter Beobachtung HÖCHSTAKTUELL am 14.07.2022 stellt, weil gewichtige Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Ich hoffe davon ausgehen zu können, dass Sie als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach über die AKTUELL ALLGEMEIN VERFÜGBAREN Nachrichten, die zudem auch allen Landratsamtsmitarbeiter*innen in Mosbach jederzeit zur Verfügung stehen können, Kenntnis über verfassungsschutzrechtliche Beobachtungen und Einschätzungen von Parteien und Organisationen in Baden-Württemberg wahrnehmen konnten und künftig wahrnehmen werden.

Vorgänge beim Landratsamt Mosbach: AKTUELLER AUFGABENKREIS

Mit einem AKTUELL NACHWEISBAR WAHRHEITSWIDRIGEM RASSISMUSVORWURF WIDER BESSEREN WISSENS von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach gegenüber Bürgern im demokratischen Rechtsstaat der BRD wird natürlich die Aufklärung und Aufarbeitung von Rassismus und Nationalsozialismus auch zwangsläufig ein AKTUELLER TEIL DES AUFGABENKREISES beim Landratsamt Mosbach. Siehe dazu die Ausführungen im Folgenden.

Bürgernahe transparente Kommunikation mit dem Landratsamt Mosbach

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich nicht verstehen kann, welches Problem darin bestehen sollte, dass Bürger im demokratischen Rechtsstaat der BRD in einer offenen transparenten und bürgernahen Kommunikation mit Ämtern und Behörden, wie hier dem Landratsamt Mosbach, zur Verfügung stehende Behörden- und Ämter-Email-Adressen und Faxadressen als AKTUELL ÜBLICHE KOMMUNIKATIONSMITTEL IM JAHR 2022 in ihrer jeweiligen offenen transparenten Kommunikation verwenden und benutzen ?

In meinen mit benannten Kommunikationsmitteln eingesandten Eingaben vom 04.07.2022 und 09.07.2022 an das Landratsamt Mosbach habe ich Ihnen eindeutig dargelegt, dass es sich, insbesondere vor dem Hintergrund der BRD-Verfassung im Grundgesetz und dem jeweiligen politischen Konsens der jeweiligen wechselnden Bundes- und Landesregierungen seit 1949 schon IMMER UM EINEN AKTUELLEN BEZUG bei der Aufarbeitung von Nationalsozialismus, nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen gehandelt hat und auch gegenwärtig und zukünftig immer um einen aktuellen Bezug handeln wird, der für alle Bürger, alle gesellschaftlichen Gruppen und alle politisch-administrativen Institutionen und damit auch für das Landratsamt Mosbach gegolten hat, gilt und gelten wird. Welche AKTUELLEN offiziellen Kommunikationsrichtlinien des Landratsamtes unter der Verantwortung des gegenwärtigen Landrats *** gibt es derzeit und zukünftig für die Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach hinsichtlich offiziell angefragter Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen ?

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Rechtsfolge-Zuständigkeit der BRD-Justiz sowohl für das Nazi-Terror- und Vernichtungsregime als auch für die demokratische Weimarer Republik

Das Reichstagsbrandurteil und dessen Aufhebung dient dazu, die rechtliche, fachliche und sachliche Zuständigkeit der AKTUELLEN BRD-Justiz in der systemübergreifenden Rechtsnachfolge der vorhergehenden politischen-administrativen Systeme, sowohl nach dem vorhergehenden Deutschen Reich unter dem Nazi-Terror-Regime als auch unter der davor vorhergehenden demokratischen Weimarer Republik, in der gesamtzeitlichen Komponente von 1933 bis 2007 zu begründen. Dadurch begründet sich u.a. auch die Zuständigkeit für das Hitler-Putsch-Urteil von 1924. *Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 03.06. und 05.06.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*

Generelle abstrakt anonymisierte Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege

Ich begrüße Ihren wertvollen und sachdienlichen Hinweis als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach, dass die Unrechtsurteile vom Nazi-Volksgerichtshof, den Sondergerichten und den Standgerichten, etc. generell per Gesetz in der BRD gemäß des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NSAufhG) vom 25.08.1998 aufgehoben sind und bedanke mich für Ihre zeitnahe, bürgernahe und sachdienliche Übersendung des entsprechenden Links vom 14.07.2022 in der Sache der Geschwister Scholl und der weißen Rose:

<https://www.gesetze-im-internet.de/ns-aufhg/BJNR250110998.html>

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich feststellen muss, dass Sie dabei leider nicht erklärt haben, warum diese BRD-Gesetzesgebung gegen den Nationalsozialismus, dessen Unrecht und Verbrechen durch die Nazi-Terror-Justiz von 1949 bis 1998 ganze 50 Jahre während seiner gesamten AKTUALITÄTSAUF- UND BEARBEITUNGSLAUFZEIT lang gedauert hat.

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich direkt nachfragen muss, warum es dann nachweisbar Mitarbeiter*innen vom Landratsamt Mosbach nicht möglich ist, in der Lage oder Willens zu sein, solche wie von Ihnen benannten gesetzlichen Quellen und Literaturangebote in offiziell angefragten Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen zu nutzen und offiziell in ihren jeweiligen eigenen Antworten mitzuteilen ? Welche AKTUELLEN UND ZUKÜNFTIGEN offiziellen Kommunikationsrichtlinien des Landratsamtes unter der Verantwortung des gegenwärtigen Landrats *** gibt es für die Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach hinsichtlich offiziell angefragter Stellungnahmen von Bürgern und Gerichten zum Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen ?

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Konkret individuelle Wertschätzung und Anerkennung von NS-Opfern und NSWiderstandskämpfern in Aufhebungsthematisierungen der jeweiligen Unrechtsurteile in der NS-Strafrechtspflege

Ich bitte um ihr Verständnis, wenn ich Sie darauf hinweisen muss, dass es hier AKTUELL UND KONKRET um etwas ganz Anderes geht beim Landratsamt Mosbach als um die faktisch sehr späte und lediglich generell abstrakt anonymisierte Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege per BRD-Gesetzgebung. Es geht hier um die grundsätzliche Fragestellung einer grundsätzlichen Einstellung und Haltung von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach zu konkretem NS-Unrecht und konkreten NS-Verbrechen in der Nazi-Kinder- und Jugendhilfe und in der Nazi-Familienrechtspraxis, hier konkret bezüglich der grundsätzlichen Einstellung IM AKTUELLEN AUFGABENKREIS des Landratsamtes Mosbach mit den öffentlichen Verwaltungsaufgaben des Jugendamtes NeckarOdenwaldkreis in der BRD-Kinder- und Jugendhilfe zu der jeweiligen konkreten jugendlichen Opposition gegen das NS-Terror- und Vernichtungsregime und zu den NSJugendwiderstandsbewegungen, wie hier der Weißen Rose.

Beim Amtsgericht Mosbach wurde AKTUELL beispielsweise offiziell am 13.07.2022 unter 6F 9/22 beantragt, gerichtlich beim zuständigen Landrat *** am Landratsamt Mosbach in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Mosbach, den Schulen, Volkshochschulen und sämtlichen weiteren Bildungseinrichtungen in Mosbach und im Landkreis Mosbach eine aktuelle und zukünftige regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit zu NSJugendwiderstandsbewegungen wie die Weiße Rose, Edelweißpiraten, Swing-Jugend, etc. sowie zu NS-Unrecht und NS-Verbrechen mit offizieller transparenter Bestätigungsmitteilung an alle Verfahrensbeteiligten zu beantragen.

Am 09.11.2021 teilt die baden-württembergische Staatssekretärin Sandra Boser MdL in einer AKTUELLEN MELDUNG des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg mit: „Gedenkstätten, Museen, Archive und viele weitere Orte machen Geschichte für Schülerinnen und Schüler erlebbar. Mit unserer Erklärung stärken wir die Bedeutung dieser Geschichtsorte für den Unterricht.“ „Das Grauen der nationalsozialistischen Diktatur lässt sich am eindrucklichsten in Gedenkstätten wie in Grafeneck nachvollziehen. Man lernt am besten, was Widerstand damals bedeutete, wenn man sich in Ulm auf die Spuren der Weißen Rose begibt. Aus Dokumenten in den Archiven und in unserem Haus der Geschichte lässt sich der Aufbau demokratischer Strukturen - und was das für die Menschen damals bedeutet hat - am besten nacherleben“, sagt Boser. Sie betont: „Die außerschulischen Geschichtsorte machen Geschichte greifbar und erlebbar. Ich freue mich und es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir mit vielen Partnern in einer gemeinsamen Erklärung die Bedeutung der Geschichtsorte für den Unterricht weiter stärken.“

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/seiten/aktuellemeldung/gemeinsame-erklaerung-sollauserschulische-geschichtsorte-staerken/>

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass es sehr sachdienlich sein könnte, wenn Sie als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach mitteilen könnten, wann denn das Landratsamt Mosbach sich unter der gegenwärtigen Verantwortung von *** mit seinem AKTUELLEN AUFGABENKREIS dieser benannten Erklärung und Partnerschaft der Baden-Württembergischen Landesregierung wie und wo angeschlossen hat ? Wann hat sich das

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Landratsamt Mosbach wie und wo hierbei beispielsweise mit Finanzierungen und/oder Bereitstellungen von Ressourcen in seinem AKTUELLEN AUFGABENKREIS bemüht ? Oder wird sich das Landratsamt Mosbach ggf. zukünftig in dieser Sache von NS-Angelegenheiten bemühen ?

NAZI-Konzentrationslager im Regierungsbezirk des Landratsamtes Mosbach

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass es sehr sachdienlich sein könnte, wenn Sie als hochrangiger Beamter und Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach mitteilen könnten, wann denn das Landratsamt Mosbach sich unter der gegenwärtigen Verantwortung von *** mit seinem AKTUELLEN AUFGABENKREIS seit 2010 beispielsweise mit Finanzierungen oder Bereitstellungen von Ressourcen in seinem AKTUELLEN AUFGABENKREIS sowohl für bürgerschaftlich als auch für öffentlich getragene NS-Erinnerungsorte bemüht und engagiert hat, um diese Orte auch jeweils KONKRET UND AKTUELL u.a. sowohl für die öffentliche Thematisierung der NS-Thematik für die Jugendarbeit und Demokratie-Erziehung an KZGedenkstätten in Baden-Württemberg innerhalb des Regierungsbezirkes Mosbach beim Landratsamt Mosbach zu unterstützen und zu nutzen ? Oder wird sich das Landratsamt Mosbach ggf. zukünftig in dieser Sache von NS-Angelegenheiten bemühen ? https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Tuebingen/Abteilung_7/Fachberater/DocumentLibraries/Documents/rpt-75-ggedenkstaettenarbeit.pdf

Dazu zählen das Konzentrationslager Neckarelz, von März 1944 bis März 1945 zunächst eine Außenstelle des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof, sowie die zusätzlichen Lager in Mosbach, wie das Hammerlager in Mosbach für SS-Strafgefangene, und Neckarelz II alter Bahnhof im Zusammenhang mit der Industrieanlage Goldfisch, für Zwangsarbeiter/-innen das Lager Hohl in Neckarelz, für 1.100 Ostarbeiter/-innen ein Lager in Obrigheim für „Westeuropäische Fremdarbeiter“, das Lager in der Turnhalle in Mosbach für italienische Militärinternierte (IMI), für weitere Gefangene die kleineren Lager Bahnhof Hasbachtal und Bahnhof Asbach-Baden, Lager für Bauhäftlinge in Neckargerach und Neckarelz. Aber auch die Rüstungs-Produktionsanlagen und Firmen, in denen KZ-Häftlinge und andere nebeneinander Zwangsarbeit im Regierungsbezirk des Landratsamtes Mosbach verrichten mussten.

Lediglich Historische Angelegenheit ohne AKTUALITÄTSBEZUG ?

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich Ihnen bei Ihren Aussagen aus Ihrer Email-Antwort vom 06.07.2022 auf meine Eingabe vom 04.06.2022 in der Angelegenheit zur Aufklärung und Aufarbeitung von NS-Verbrechen beim Landratsamt Mosbach, nur teilweise zustimmen kann, dass diese NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungsbemühungen lediglich nur eine Aufgabe für Historiker seien. Und mehr nicht ! Sicherlich ist es m. E. so, dass die Historiker einen essentiellen Beitrag bei der benötigten und sachdienlichen Faktenbeschaffung für gesellschaftspolitische außergerichtliche, zivilgerichtliche und strafrechtliche Aufklärungs- und Aufarbeitungsbemühungen leisten.

AKTUELLE BEZÜGE - Verfassungsschutzberichte und Anti-Diskriminierung

Insbesondere, wenn wir auch Bezug sowohl auf die vorhergehenden als auch auf den letzten Verfassungsschutzbericht vom 07.06.2022 nehmen und die schon wieder und weiter

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

zunehmenden Umtriebe rechtsextremistischer und demokratiefeindlicher Organisationen, Bewegungen und von Einzelpersonen in Betracht ziehen, erkennen wir, dass sich daraus eine gesamtgesellschaftliche AKTUELLE Aufgabenstellung für alle Institutionen und Bürger ableiten lässt. Natürlich zählt dazu auch das Landratsamt Mosbach unter der gegenwärtigen Verantwortung von *** mit seinem AKTUELLEN AUFGABENKREIS.

Zudem gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen einer ordnungsgemäßen vollständigen Aufarbeitung des Nationalsozialismus einerseits und einer ordnungsgemäßen vollständigen Abarbeitung der AKTUELLEN Anti-Diskriminierungsrichtlinien, mittlerweile als EU-Recht und Menschenrechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Grundgesetz verbrieft, andererseits. In diesem historischen Kausalzusammenhang wird uns allen klar, dass die Opfer- und Diskriminierungszielgruppen der Nazi-Terrorherrschaft neben dem Geschlecht zum erweiterten AKTUELLEN Grundsatz eines Opferschutzes bei unserer heutigen Anti-Diskriminierungsarbeit geführt haben: Rasse und Herkunft, politische Weltanschauung und Meinungsfreiheit, Glaubens- und Religionsfreiheit, sexuelle Orientierung, Behinderung.

Am 14.06.2022 hat der baden-württembergische Verfassungsschutz die AfD als AKTUELLEN »VERDACHTSFALL« eingestuft, wie Innenminister Thomas Strobl in Stuttgart bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts für 2021 verkündete. Damit folgt der Geheimdienst in BadenWürttemberg dem Bundesamt für Verfassungsschutz und sieht damit »hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte« für verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD BadenWürttemberg. Bislang wurden im Südwesten Deutschlands lediglich die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative und der rechtsnationale »Flügel« der Partei nachrichtendienstlich beobachtet.

AKTUELLE BEZÜGE – Hasshetze in Sozialen Medien, Neo-Nazistische Bewegungen und Neo-Nazi-Terror gegen rassistisch-diskriminierte Minderheiten und Vertreter des demokratischen Rechtsstaates

Wenn wir zudem die rechtsextremistische Hasshetze in den sozialen Medien, die NPD und die NPD-Verbotsverfahren von 2001 bis 2003, 2013 bis 2017, in 2018; die Verbrechen des nationalsozialistischen Untergrundes und die NSU-Terrorismusprozesse von Mai 2013 bis August 2021; das NSU 2.0 Phänomen von August 2018 bis April 2022; sowie die rechtsextremistischen Bedrohungs- und Angriffsszenarien gegenüber und Morde an demokratischen Politikern in der BRD, wie am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 01.06.2019, in Betracht ziehen, dann wird uns sehr schnell der IMMERWÄHRENDE AKTUALITÄTSBEZUG noch klarer.

AKTUELLE BEZÜGE – Infiltration von staatlichen Institutionen : Bundeswehr

Und dieser ANDAUERENDE AKTUALITÄTSBEZUG wird uns auch klar, wenn wir die Infiltration von Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Demokratiegegnern in bestimmten Gesellschaftsgruppen und staatlichen Institutionen in Betracht ziehen. Wie beispielsweise bei der Bundeswehr und ihren Sondereinheiten, die dazu eine extra Extremismuspräventionsmaßnahme einrichten musste, nachdem schon in den 1990er Jahren ein Untersuchungsausschuss zu rechtsextremen Skandalen in der Bundeswehr eingerichtet wurde; nachdem in 2011 eine öffentliche Diskussion, um die Anwendung von Dienstrecht und

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Mitteln des Rechtsstaats gegen Rechtsradikale in der Bundeswehr stattfand. Auch der als Unterstützer der NSU-Terroristen in 2013 angeklagte Andre E. war schon zu seiner Bundeswehrzeit bekennender Nationalsozialist. Der in 2017 verhaftete rechtsextreme Oberleutnant Franco A., begann sogar in 2015 ein Doppelleben als syrischer Obstverkäufer und beantragte Asyl, um den Flüchtlingsstatus zu bekommen und dann in dieser Tarnung Terroranschläge zu planen, nachdem er trotz festgestellter antisemitischer, rassistischer und rechtsextremer Ansichten in seiner Masterarbeit von 2013 als Berufssoldat in die Bundeswehr aufgenommen und befördert worden war. Die Anklageerhebung gegen Franco A. vor dem BGH in 2019 sorgte auch für eine öffentliche Debatte zur Entfernung von Wehrmächtsandenken aus Bundeswehr-Kasernen. HÖCHSTAKTUELL wurde am 15.07.2022, Franco A. nach einem 14 Monate langem Prozess zu fünfeinhalb Jahren Gefängnisstrafe wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat verurteilt, weil er aus rechtsextremer Gesinnung heraus, einen Terroranschlag unter der Scheinidentität als syrischer Flüchtling geplant hatte. Die Vertreterin des Generalbundesanwalts, Karin Weingast, bewertete das Urteil «... als wichtigen Erfolg in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland.»

AKTUELLE BEZÜGE – Infiltration von staatlichen Institutionen : Polizei

Beispielsweise gehört die Polizei auch zu diesem ANDAUERNDEN AKTUALITÄTSBEZUG bei der Infiltration von Gesellschaftsgruppen und staatlichen Institutionen. Was klar wird, durch die öffentlichen Diskussionen um Rechtsextreme Einstellungen und Vorfälle in deutschen Polizeibehörden beginnend in 2019. Dazu gehörten Themenbereiche, wie Rechtsextreme Netzwerke und Chatgruppen innerhalb einzelner Landespolizeibehörden; die Weitergabe sensibler Daten aus Polizeicomputern an Rechtsextreme; Polizeiangehörige, die durch Rassismus auffallen und offen Sympathien für Rechtsaußenformationen hegen, oder Verbindungen von Polizeibeamten in die sogenannte Reichsbürgerszene. Schon seit den 1990er Jahren gehörte der wiederkehrende Vorwurf, Opfer rassistischer Straftaten seien von Polizeiangehörigen wie Kriminelle behandelt, Hilfe und Schutz ihnen verweigert worden zur öffentlichen Diskussion. Fälle, in denen Polizistinnen und Polizisten in rechtsextreme Aktivitäten verwickelt waren oder offenkundig rechtsmotivierte Gewalt von ihnen ausging, machten bundesweit Schlagzeilen. Amnesty International veröffentlichte dazu in 2016 einen Bericht: Leben in Unsicherheit. „Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt.“

AKTUELLE BEZÜGE – Infiltration von staatlichen Institutionen : Sicherheitsbehörden Im Mai 2022 zeichnet das Bundesinnenministerium mit KONKRETEM AKTUALITÄTSBEZUG ein Lagebild in einem zweiten Bericht innerhalb von zwei Jahren, dass es zwischen 2018 und 2021 deutlich mehr Verdachtsfälle bei den Landes- und Bundessicherheitsbehörden im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Reichsbürgern und Selbstverwaltern gegeben hat.

AKTUELLE BEZÜGE – Struktureller Rassismus bei Behörden, Ämtern, Institutionen All diese zuvor angeführten Vorfälle und Sachverhalte haben u.a. mit zu IMMER WIEDER AKTUELL ANDAUERNDEN öffentlichen Debatten über strukturellen Rassismus in Behörden und Ämtern geführt.

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

AKTUELLE BEZÜGE – Infiltration von kulturellen Institutionen :

Auf der internationalen Weltkunstschau, der 15. Documenta in Kassel, kam es im Juni und Juli 2022 zum breit öffentlichen diskutierten Anti-Semitismus-Skandal durch die KONKRET AKTUELLE Ausstellung antisemitischer Bildsprache, woraufhin die Generaldirektorin Sabine Schormann HÖCHSTAKTUELL am 16.07.2022 zurücktrat.

AKTUELLE BEZÜGE – Vergessene NS-Opfer afrikanischer Herkunft :

Im September 2021 wurden ÖFFENTLICH AKTUELL die vergessenen schwarzen Opfer der Nationalsozialisten thematisiert, da bis dahin nur wenig an sie erinnerte. Viele Afrodeutsche stammten aus den deutschen Kolonialgebieten in Afrika von 1884 bis 1920. Eine weitere Gruppe von Afrodeutschen wurde als "Rheinland-Bastarde" und/oder "Kinder der Schande" in der Nazi-Zeit diskriminiert, verfolgt und vernichtet. Sie waren Kinder von Vätern als Angehörige der französischen Armee afrikanischer Abstammung, nach dem Ersten Weltkrieg stationiert in Deutschland. Doch bis September 2021 waren in Deutschland lediglich nur zwei Stolpersteine den schwarzen Opfern des nationalsozialistischen Nazi-Terror- und Vernichtungsregimes gewidmet. Im September 2021 wurden dann AKTUELL in Berlin zwei weitere Denkmäler zur Erinnerung an Martha Ndumbe, die im Konzentrationslager Ravensbrück starb, und Ferdinand James Allen, der zunächst NS-zwangsterilisiert und dann während der Nazi-Euthanasie Massenmordkampagne Aktion T4 ermordet wurde, hinzugefügt. Der erste Berliner Stolperstein wurde in 2007 für Mahjub bin Adam Mohamed installiert, der zunächst als Kindersoldat in der deutschen Kolonialarmee gedient hatte, dann aber wegen Beziehungen zu deutschen Frauen unter der Nazi-Beschuldigung und Nazi-Verfolgung der "Überschreitung der Rassenschranken" im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert und ermordet wurde. Ein Frankfurter Stolperstein erinnert an den in Südafrika geborenen Hagar Martin Brown, der unter dem Nazi-Terror- und Vernichtungsregime von Ärzten zur Erprobung medizinischer Chemikalien missbraucht wurde, was zu seinem Tod führte.

AKTUELLE BEZÜGE – Unklare Haltung bei Landratsämtern :

In 2017 wurde öffentlich der Skandal beim Landratsamt Bautzen diskutiert, in dem Sachsens Vize-Landrat Udo Witschas nur eine Woche nach seiner umstrittenen Begegnung mit dem damaligen NPD-Kreischef im Austausch mit dem nächsten bei ihm vorstellig gewordenen Neonazi im Landratsamt war. Drei Stunden lang erörterte der CDU-Politiker im Landratsamt mit dem Neonazi Strategien zum Umgang mit Flüchtlingen. Später wurden Chatprotokolle bekannt, die belegen, dass Witschas in überaus freundlichem Ton mit dem NPD-Funktionär über die Lage in Bautzen diskutierte, telefonierte und Interna weitergab. Das Landratsamt Plauen stand in der öffentlichen Kritik, weil es am 01.05.2019 entgegen dem Verbotspassus im sächsischen Versammlungsgesetz zu einschüchternder Uniformierung und dem äußeren einschüchternden Erscheinungsbild auf andere Versammlungsteilnehmer oder Außenstehende, einen „uniformierten“ Fackelmarsch der neonazistischen Kleinpartei "Der III. Weg" genehmigt und verteidigt hatte, der zusätzlich mit einem Trommelcorps und Fahnen wie bei der Hitlerjugend an das Auftreten der Nationalsozialisten im Dritten Reich erinnerte. Skandiert wurde von Demonstranten: "Nationaler Sozialismus - jetzt!" und "Deutschland erwecke." Im Fall des verurteilten rechtsextremistischen Bundeswehroffiziers Franco A. steht eine öffentliche Überprüfung, inwieweit ausländerrechtliche und asylrechtliche

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Fachabteilungen von Landratsämtern in den Sachverhalten involviert sein könnten, dass er unter einer Scheinidentität als syrischer Asylbewerber rechtsterroristische Anschläge geplant haben soll, noch aus.

Dies bedeutet im KONKRETEN AKTUALITÄTSBEZUG, dass auch Landratsämter anfällig dafür sein können, dass MITARBEITER VON LANDRATSÄMTERN Kontakte pflegen mit oder sich engagieren für Rechtsextremismus, Reichsbürgertum, Selbstverwaltertum und mit Demokratiegegnern sympathisieren können. Diese AKTUELLE ERKENNTNIS ZU LANDRATSÄMTERN in diesem Problemzusammenhang kann nur dazu führen, dass auch beim LANDRATSAMT MOSBACH entsprechende Überprüfungen der Mitarbeiter*innen durchgeführt werden sollten. Insbesondere, wenn konkrete Anhaltspunkte und Hinweise vorliegen, wie hier beim Landratsamt Mosbach. Siehe dazu Ausführungen im Folgenden.

AKTUELLE BEZÜGE – Haltung der Deutschen Botschaft in Israel

Wenn wir die Vorstellung des ehemaligen Regierungssprechers und neuen deutschen Botschafters Steffen Seibert mit seiner Begrüßungsrede in Israel am 12.07.2022 in Betracht ziehen, dann wird uns umso mehr klar, dass es IMMER AKTUALITÄT GEGEBEN hat und IMMER AKTUALITÄT GEBEN WIRD, auch beim Landratsamt Mosbach, sich in notwendigen, konkreten und konsequenten Aufklärungs- und Aufarbeitungsbemühungen zu NS-Unrecht und NS-Verbrechen zu engagieren. Steffen Seibert bestätigte in einer Videobotschaft an die israelische Bevölkerung auf Twitter im Juli 2022: „Deutschland und Israel verbinde nach den "monströsen Verbrechen der Schoah" heute eine besondere Freundschaft. Seibert betonte Deutschland und Israel seien heute "Partner und Freunde." "Für uns Deutsche, für mich persönlich, bedeutet das so viel." „Wir haben die Lektionen aus unserer Geschichte gelernt,“ sagt Steffen Seibert, designierter Botschafter in Israel HÖCHSTAKTUELL im Juli 2022.

AKTUELLE Vorgänge beim Landratsamt Mosbach zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen und Rechtsextremismus, Neo-Nazismus

Daher ist es vor den zuvor angeführten und thematisierten Hintergründen umso unverständlicher, dass die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach, wie ich schon in den Eingaben vom 04.07. und 09.07.2022 unter AKTENZEICHEN 3.23214 dem Landratsamt Mosbach nachweisbar dargelegt habe, sich in wiederholten gezielten Verfahrensentzweignungen durch gezielte Verweigerungen von Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen sowie durch Verweigerungen von Stellungnahmen bei NS-Verfahren engagieren. Und zwar...

- Nicht nur nachweisbar bei direkten offiziellen Bürger-Eingaben zu NS-Verfahren unter 3.23214 beim Landratsamt Mosbach
- Sondern auch nachweisbar bei Eingaben zu NS-Verfahren mit gerichtlich beantragten Stellungnahmen des Landratsamtes Mosbach unter 6F 9/22 AG MOS
- Sondern auch nachweisbar bei direkten Eingaben zu NS-Verfahren unter 3.23214 beim Landratsamt Mosbach zur außergerichtlichen und gerichtlichen Aufarbeitung der von den Nazis zerstörten jüdischen Synagoge in Mosbach und deren nicht erfolgtem Wiederaufbau.

Ich begrüße Ihre aufmerksame sachdienliche Beobachtung als hochrangiger Beamter und

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Mitarbeiter des Landratsamtes Mosbach vom 14.07.2022, dass die hier behandelte Problematik einer bürgernahen transparenten Kommunikation zwischen Bürger und Landratsamt Mosbach zu Nationalsozialismus, zu nationalsozialistischem Unrecht und nationalsozialistischen Verbrechen mit nachweisbaren Verweigerungen von Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach AKTUELL TATSÄCHLICH beginnt. Damit tragen die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach AKTUELL UND KONKRET zur Entschleunigung von GERICHTLICHER UND AUSSERGERICHTLICHER AUFARBEITUNG VON NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN bei, wie folgt in der chronologisch-thematischen Verknüpfung:

>> ERSTE REIHE:

- Immer noch lebende NS-Täter ?
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden bei den direkt angefragten Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 04.07.2022 die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert in der außergerichtlichen und gerichtlichen Aufklärung und Aufarbeitung der von den Nazis zerstörten jüdischen Synagoge in Mosbach.*
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden bei den direkt angefragten Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 09.07.2022 die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert in der Aufklärung und Aufarbeitung, welche SA- und SS-Angehörigen vor 1945 später dann nach 1949 in den Diensten des Landratsamtes Mosbach und welche NS-Funktionselementen später nach 1945 beim Landratsamt Mosbach tätig gewesen sind.*
- Nicht juristisch verfolgte nach 1945 und in der BRD lebende NS-Täter, bereits verstorben
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 10.06.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*
- Verantwortliche NS-Funktionselementen in der öffentlichen Verwaltung und bei Ministerien, etc. nach 1945 lebend oder bereits verstorben
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 11.06.2022 und vom 11.06.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*

>> ZWEITE REIHE:

- Verantwortliche in der Strafverfolgung bei den Strafermittlungsbehörden, die der Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit von NS- Unrecht und NS-Verbrechen nicht nachgekommen sind bei immer noch nach 1945 in der BRD lebenden oder später in der BRD verstorbenen NS-Tätern
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 19.06.2022 und 29.06.2022 unter 6F 9/22 beim*

AUSZÜGE AUS

**AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS**

- Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*
- Verantwortliche in zivilrechtlichen Wiederaufnahmeverfahren bei Gerichten, die der Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit von NS- Unrecht und NS-Verbrechen nicht nachgekommen sind bei immer noch nach 1945 bestehenden zivilrechtlichen NSUnrechtsurteilen
 - Übernahme von Funktionseleiten nach 1945 mit fortgesetzter Karriere in der BRD ○ mit der Konsequenz von „Persilscheinen“ von anderen NS-Mittätern für angeklagte NS-Täter, wie von NS-Juristen
 - Medizinische Haftverschonungsbegründungen für angeklagte NS-Täter von anderen NS-Mittätern, wie von NS-Ärzten (involviert in Nazi-Euthanasie und/oder Nazi-KZs)
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 10.06.2022 und 25.06.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*
 - Überprüfungen von Entnazifizierungsbeschlüssen, von Haftverschonungsbeschlüssen, milden Urteilen bei verurteilten NS-Tätern, etc.
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 10.06.2022 und 25.06.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*

>> DRITTE REIHE:

- Wiederaufnahmeverfahren zur Aufhebung von noch bestehenden NS-Unrecht in Urteilen, Beschlüssen, etc.
 - Zivilrechtlich/verwaltungsrechtlich bei Gerichten/ Ministerien
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 09.06.2022 und 25.06.2022 und 10.07.2022 und 11.07.2022 und 12.07.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*
 - strafrechtlich bei Staatsanwaltschaften/Ministerien
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden sowohl bei den direkt angefragten als auch bei den gerichtlich beantragt anzufragenden Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 13.07.2022 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert.*
 - Mangelnde oder noch fehlende, ausstehende NS-Opferanerkennung und -Entschädigung
*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden bei den direkt angefragten Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 09.07.2022 die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert in der*

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

außergerichtlichen und gerichtlichen Aufklärung und Aufarbeitung sowie Öffentlichkeitsarbeit und für die NS-verfolgten jüdischen Mitbürger.

- o Mangelnde oder noch fehlende, ausstehende NS-Widerstandskämpferanerkennung und -Ehrung

*Auch zu diesem ausdifferenzierten NS-Aufklärungs- und Aufarbeitungssachverhalt wurden bei den direkt angefragten Stellungnahmen von Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach vom 09.07.2022 die jeweiligen Eingangsbestätigungen, Weiterbearbeitungen und Weiterleitungen aber durch Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach nachweisbar verweigert in der Finanzierung des Landratsamtes Mosbach von Forschungsaufträgen zur NS-Thematik; von Erinnerungskultur mit Gedenkstätten und Mahnmalen; von Anerkennung und Ehrung von NS-Opfern und NS-Verfolgten, NS-Widerstandskämpfern.*

Der weiße deutsche KV, Vater eines deutsch-afrikanischen Mischlingskindes, den die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiterinnen des Landratsamtes Mosbach beim ASD des Jugendamtes Neckar-Odenwaldkreis IMMER NOCH AKTUELL wahrheitswidrig und jederzeit offiziell nachweisbar wider besseren Wissens als Rassist bezeichnen und darstellen (lassen) und ihm rassistisches Denken und Handeln unterstellen (lassen), hat sich als Teil seiner Lebensleistung öffentlich nachweisbar ... :

- a) ... während seiner Ausbildung und Berufstätigkeit seit mehr als zwanzig Jahren in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe PROFESSIONSKRITISCH offiziell nachweisbar wiederholt gegen Nationalsozialistisches Unrecht und gegen Nationalsozialistische Verbrechen sowohl in der Nazi-Kinder- und Jugendhilfe als auch in der Nazi-Familienrechtspraxis gewandt, wie z. B. :
 - Petition beim DEUTSCHEN BUNDESTAG 3-16-05-008-059396, Auswärtige Angelegenheiten, vom 01.09.2009 : Klärung des internationalen Kinderraubes von 1933-1945 in Polen und der anschließenden Germanisierung der ins Deutsche Reich verbrachten Kinder sowie diesbezüglich weiterführende Petitionen bei Länderparlamenten, wie WD 3-2 0561 Landtag Rheinland-Pfalz vom 15.12.2011 || AB.0316.16 Bayrischer Landtag vom 08.12.2011 || Tgb. Nr. E 1087/ 11 Landtag des Saarlandes vom 13.02.2012 || Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg || 20-8 Freie Hansestadt Bremen vom 16.02.2012, etc. Der Deutsche Bundestag hat in 2011 die Anliegen des deutschen KVs zu „Internationaler Kindesraub in Polen 1933-1945 und Zwangsgermanisierung“ an Länderparlamente weitergeleitet, die dann wiederum in ihren Absichtsbekundungen diese Aufarbeitungsbemühungen als diskussionswürdige Inhalte in ihr Bildungswesen, in Schüler- und Jugendaustausch und in den internationalen Austausch integriert haben wollen.
 - GRAUE LITERATUR : Nationalsozialistische Diskriminierungsschemata in Familienrechtspolitik und Familienrechtsprechung -- Personelle Kontinuitäten am Beispiel des Ministerialrats Franz Massfeller -- Thematische Kontinuitäten mit Beispielen repetitiver Denkweisen und Argumentationsmuster in veränderten Kontexten || Hausarbeit im Magister-Teilstudiengang "Erziehungswissenschaften" || Wintersemester 2004/2005 an der Universität Kassel || Autor: Bernd Michael Uhl || Magisterstudium Hauptfach: Soziologie, Nebenfächer: Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft || Zur Lehrveranstaltung "Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945" bei Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilma || 10.04.2005 || 94 Seiten.

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

- b) ... als Familienangehöriger von NS-Opfern und NS-Verfolgten schon viele Jahre offiziell nachweisbar wiederholt gegen Nationalsozialistisches Unrecht und gegen Nationalsozialistische Verbrechen gewandt, wie z. B.:
- Unter 1 Js 79109/02 und Di.B. 7/09 nehmen die Staatsanwaltschaft Stuttgart am 04.02.2009, unter 22 Zs 1008/09 die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart am 13.03.2009 sowie unter 1 Js 79109/02 und E-1402.2009/335 das Justizministerium Baden-Württemberg am 27.10.2009 Stellungnahme zu den offiziellen Beantragungen und Forderungen des weißen deutschen KVs die laufenden Ermittlungsverfahren wegen der Ermordung von Bewohnern des Bergdorfes Sant' Anna di Stamezza/Italien im Rahmen der Aufklärung und juristischen Aufarbeitung von Deutschen Wehrmachtsverbrechen und von SS-Panzergranadierregimentern mit Massakern an der Zivilbevölkerung u.a. von Frauen und Kindern unter dem Nazi-Regime zu beschleunigen.
 - Unter 45 Js 3/08 leitet die Staatsanwaltschaft Dortmund am 16.02.2009 die Strafanzeige gegen den Ukrainer John Demjanjuk wegen Mord und Beihilfe zu Mord auf Grund seiner Tätigkeiten als Mitglied der SS-Hilfstruppen in Nazi-Konzentrationslagern an die Staatsanwaltschaft München weiter. Und dies noch vor Einleitung des Auslieferungsverfahrens. John Demjanjuk wurde in 2009 von der USA an die BRD ausgeliefert und als erster nicht-deutscher NS-Befehlsempfänger vor ein deutsches Gericht gestellt und am 12.05.2011 durch das Landgericht München wegen Beihilfe zum Mord an 28.060 Menschen verurteilt.
 - Unter 3 AR 338/09 gibt die Generalstaatsanwaltschaft Hamm am 02.03.2009 seine Stellungnahme bezüglich der Überprüfung der Ermittlungsverfahrens 45 Js 2/08 an das Justizministerium NRW ab im Rahmen des Petitionsverfahrens beim Landtag NRW Pet.-Nr. i.3/14-P-2008-16466-01, das der weiße deutsche KV selbst eingeleitet hat, um seine eigens initiierten Ermittlungsverfahren vom 03.03.2008 ausgehend von seiner eigenen Strafanzeige gegen den KZ-Wächter Martin Hartmann wegen Mordes und Beihilfe zum Mord auf Grund dessen Mitgliedschaft in SS-Totenkopfverbänden und dessen Tätigkeit in einem Nebenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen offiziell überprüfen zu lassen.
 - Unter R B 3 zu AR-RB 245/2006 nimmt das Bundesministerium der Justiz am 06.06.2008 Stellungnahme im Rahmen des Petitionsverfahrens Pet 4-16-007-31203523 nach Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 26.05.2008 zum Petitionsanliegen hinsichtlich der Optimierung einer strafrechtlichen Verfolgung von sogenannten Blutrichtern, die sowohl zunächst der Nazi-Terrorjustiz mit Todesurteilen gedient haben als auch nach 1945 dann als ehemalige NS-Funktionselemente in der BRD weiterhin im Amt gewesen sind. Der deutsche KV bezieht sich u.a. dabei auf die allgemein bekannten Veröffentlichungen zur Justiz im Nationalsozialismus beim Bundesministerium der Justiz. Konkretes Beispiel dieser Verfahren ist der deutsche Blutrichter Kurt Bode, der u. a. die Verteidiger der Danziger Post zum Tode verurteilt hat. Am 25.05.1998 wurde dieses Bode-Urteil vom Landgericht Lübeck aufgehoben, weil nachgewiesen wurde, dass der NS-Blutrichter Kurt Bode vorsätzliche

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Rechtsbeugung begangen hatte. Im Dezember 2000 zahlte die Bundesregierung eine Entschädigung an die Angehörigen der von Kurt Bode zum Tode Verurteilten aus Danzig.

- Am 20.06.2022 teilt das Ministerium für Justiz und Migration, Baden-Württemberg, unter JUMRIX-E-1402-41/878/4 auf Eingabe des weißen deutschen KVs bezüglich seiner Aufarbeitungsbemühungen von NS-Unrecht und NS-Verbrechen mit seinen Verfahrensinitiativen beim AG/FG Mosbach offiziell mit: *„Die Justiz ist trotz des langen Zeitraums und trotz aller rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten nach wie vor bemüht, Mordverbrechen des NS-Regimes auch noch heute aufzuklären.“*

AKTUELLER STATUS BEIM LANDRATSAMT MOSBACH – Nachweisbar Erhebliche Diskrepanz zwischen der Führungsebene und bestimmten einzelnen Landratsmitarbeiter*innen in Mosbach zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass aber in den AKTUELLEN VORGÄNGEN IM AKTUELLEN AUFGABENKREIS beim Landratsamt Mosbach zur Aufklärung und Aufarbeitung der NS-Thematik, NS-Unrecht und NS-Verbrechen, hier öffentlich zunächst einmal nichts anderes als festzustellen bleibt, dass es eine nachweisbar erhebliche Diskrepanz unter vielen Aspekten auf verschiedenen Ebenen zwischen der Führungsebene, wie einerseits bei Ihnen konkret als hochrangiger erster Landesbeamter beim Landratsamt Mosbach sowie andererseits im Gegensatz dazu nachweisbar, hier eindeutig und jederzeit überprüfbar dargelegt, bei bestimmten einzelnen Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach festzustellen ist, bezüglich :

- Tatsächlich vorhandene Wissensbestände und Kenntnisse zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen
- Der Nutzung sowohl Ihrer selbst benannten einfach schnell frei verfügbaren Literatur und Medienquellen als aber auch der Nutzung von Ihrer selbst benannten spezifischen, komplexeren, schwieriger zugänglichen Fachliteratur zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen
- Zur Themen-Aufgeschlossenheit und konkreten Kommunikationsbereitschaft bei und in der Reaktion sowohl auf offizielle Bürgeranfragen als auch gerichtlich beantragte anzufragende Stellungnahmen zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen

Daraus ergibt sich konsequenterweise die Fragestellung, ob es sich hier generell um ein strukturelles Problem beim Landratsamt Mosbach im Umgang mit Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen handeln könnte, oder aber ob dies eher auf individuelle Unkenntnis, Unsicherheit, oder sogar AKTUELL KONKRETE Widerwillen einzelner bestimmter Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach zurückzuführen sein könnte, sich der IMMERAKTUELLEN NS-THEMATIK in hoher angemessener Kommunikationsbereitschaft zu öffnen, sich damit offen und konstruktiv zu beschäftigen und diese auch ordnungsgemäß abzuarbeiten, insbesondere bei offiziellen Anfragen.

Hiermit ergeht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats *** öffentlich transparent und nachvollziehbar aufzuklären, ob es sich um ein generell strukturelles Problem oder aber um ein individuelles Problem einzelner Mitarbeiter*innen beim Landratsamt

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Mosbach im Umgang mit und in der verwaltungstechnischen Abarbeitung im AKTUELLEN UND ZUKÜNFTIGEN AUFGABENKREIS des Landratsamtes Mosbach zu Nationalsozialismus, NS- Unrecht und NS-Verbrechen handeln könnte.

Offizieller Antrag auf Gesinnungsprüfung einzelner bestimmter Landratsamtmitarbeiter*innen in Mosbach zum Umgang mit Nationalsozialismus, NSUnrecht und NS-Verbrechen, Rechtsextremismus und Neo-Nazismus

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass sich aber aus den AKTUELLEN VORGÄNGEN IM AKTUELLEN AUFGABENKREIS beim Landratsamt Mosbach zur Aufklärung und Aufarbeitung der NS-Thematik, NS-Unrecht und NS-Verbrechen, dem sich daraus ergebenden Rechtsextremismus und Neo-Nazismus, hier öffentlich nachweisbar und wie zuvor belegt, zunächst einmal nichts anderes ergibt, als eine ordnungsgemäße öffentlich transparente Gesinnungsprüfung einzelner bestimmter Landratsamtmitarbeiter*innen vornehmen zu lassen, insbesondere, wenn konkrete Anhaltspunkte und Hinweise vorliegen, was wie zuvor und im Folgenden dargelegt und belegt beim Landratsamt Mosbach bei den Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiter*innen zutrifft. Dies begründet sich sowohl in der zuvor beschriebenen und tatsächlichen Diskrepanz zwischen Leitungsebene einerseits und bestimmten einzelnen Landratsamtmitarbeiter*innen andererseits sowie unter dem zuvor angeführten ausführlich und detailliert dargelegten gesamtgesellschaftlichen AUFGABENKREIS MIT ANDAUERNDEN AKTUALITÄTSBEZUG SEIT 1945, inklusive für das Landratsamt Mosbach, zum Umgang mit Nationalsozialismus, NS- Unrecht und NS-Verbrechen.

Hiermit ergeht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats *** öffentlich transparent und nachvollziehbar aufzuklären, ob es sich um ein generell strukturelles Problem oder aber um ein individuelles Problem einzelner Mitarbeiter beim Landratsamt Mosbach im Umgang mit und in der verwaltungstechnischen Abarbeitung im AKTUELLEN UND ZUKÜNFTIGEN AUFGABENKREIS des Landratsamtes Mosbach zu Nationalsozialismus, NS- Unrecht und NS-Verbrechen handeln könnte. Daher ergeht hiermit konsequenterweise der zusätzliche offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats ***, eine solche Gesinnungsprüfung öffentlich transparent für die bestimmten bereits in internen Eingaben benannten und bekannten Landratsamtsmitarbeiter*innen beim Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes Neckar-Odenwaldkreis durchführen zu lassen.

Offizieller Antrag auf AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE KONKRETE BILDUNGSOFFENSIVE beim Landratsamt Mosbach zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen sowie sich daraus ergebenden Rechtsextremismus und Neo-Nazismus

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass sich aber aus den AKTUELLEN VORGÄNGEN IM AKTUELLEN AUFGABENKREIS beim Landratsamt Mosbach zur Aufklärung und Aufarbeitung der NS-Thematik, NS-Unrecht und NS-Verbrechen, dem sich daraus ergebenden Rechtsextremismus und Neo-Nazismus, hier öffentlich nachweisbar und wie zuvor belegt, zunächst einmal nichts anderes ergibt, als eine ordnungsgemäße öffentlich transparente AKTUELLE UND ZUKÜNFTIG REGELMÄSSIGE BILDUNGSOFFENSIVE intern im

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Landratsamt Mosbach aber öffentlich transparent durchführen zu lassen und dies jeweils sowohl generell als aber auch fachspezifisch in und für die einzelnen Fachabteilungen des Landratsamtes Mosbach, d.h.:

- Fach- und sachspezifische Weiterbildung der einzelnen Landratsamtsmitarbeiter*innen in Mosbach zu den Themenkomplexen von NS-Unrecht und NS-Verbrechen in den jeweiligen Fachbereichen, unter anderem wie folgt:
 - Wie z. B. für die angegliederten Mitarbeiter vom Jobcenter zur Rolle der NaziArbeitsämter bei der NS-Unrechtsbewältigung von Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungsregime.
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus dem *Bereich Gesundheit, Teilhabe und Eingliederungshilfe* bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung der Nazi-Euthanasie als industrielle Vorlauf- und Testphase sowie zur Vorbereitung von organisationstechnischen Verwaltungsabläufen für den darauf folgenden industriellen Massenmord Holocaust.
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus dem Bereich *Chancengleichheit* bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung in der Nazi-Verfolgung von Homosexuellen
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus dem Bereich *Asyl- und Ausländerrecht* bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung in der nationalsozialistisch-rassistischen Verfolgung und Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, Menschen osteuropäischer und südosteuropäischer Herkunft, als auch von Menschen afrikanischer Herkunft, als vergessene Opfer der Nationalsozialisten
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus den Bereichen *Bauwesen, Vermessung, Flurneuordnung und Landentwicklung, Straßenmeisterei, Ordnung und Verkehr, Straßenbau und Straßenunterhaltung*, etc. bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung zur Zerstörung der jüdischen Synagoge in Mosbach und deren nicht erfolgtem Wiederaufbau
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus den Bereichen *Personal und Personalwesen* bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung bei der Übernahme von NS-Funktionselementen, Mitarbeiter*innen mit vorheriger NSDAP-Mitgliedschaft, SA-SS-Wehrmachtangehörigkeit, etc. im öffentlichen Dienst beim Landratsamt Mosbach nach 1945
 - Wie z. B. für die Mitarbeiter aus dem Fachdienst *Jugendamt Neckar-Odenwaldkreis* bezüglich der NS-Unrechtsbewältigung in der Nazi-Kinder- und Jugendhilfe und in der Nazi-Familienrechtspraxis. Siehe dazu weitere Ausführungen im Folgenden.

Hiermit ergeht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats ***
AKTUELLE UND ZUKÜNFTIG REGELMÄSSIGE BILDUNGSOFFENSIVEN zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen sowie zum sich daraus ergebenden Rechtsextremismus und Neo-Nazismus intern im Landratsamt Mosbach aber öffentlich transparent durchführen zu lassen und dies jeweils sowohl generell als aber auch fachspezifisch in und für die einzelnen Fachabteilungen des Landratsamtes Mosbach.

AUSZÜGE AUS

AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Offizieller Antrag auf transparente Offenlegung der Archive und historischen Personalakten beim Landratsamt Mosbach bezüglich Landratsamtmitarbeiter*innen, die eine Mitgliedschaft in der NSDAP und/oder eine Angehörigkeit in SA, SS und Wehrmacht, etc. vor 1945 hatten

Hiermit geht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats ***, auf transparente zu veröffentlichte Offenlegung der Archive und historischen Personalakten der Landratsamtmitarbeiter*innen nach 1945 beim Landratsamt Mosbach, die zuvor eine Mitgliedschaft in der NSDAP und/oder eine Angehörigkeit in SA, SS und Wehrmacht, etc. vor 1945 hatten oder die in irgendeiner Weise als NS-Funktionselemente vor 1945 galten.

Offizieller Antrag auf Überprüfung der Jugendamtsleitung Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach durch die zuständige Fachaufsicht beim Landratsamt Mosbach

Die zuvor und im Folgenden ausführlich und detailliert jederzeit offiziell nachweisbaren Verhaltens- und Verfahrensweisen der Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiterinnen des Landratsamtes Mosbach beim ASD des Jugendamtes Neckar-Odenwaldkreis begründen den offiziellen Antrag auf die transparente öffentlich nachvollziehbare Überprüfung der zuständigen und verantwortlichen Jugendamtsleitung Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach durch die zuständige Fachaufsicht beim Landratsamt Mosbach.

GERICHTLICH BEANTRAGTE STELLUNGNAHMEN DES JUGENDAMTES NECKAR-ODENWALDKREIS BEIM LANDRATSAMT MOSBACH

Beim Amtsgericht Mosbach wurde im Rahmen von NS-Aufarbeitungsbemühungen unter 6F 9/22 und dem Landgericht Mosbach unter E 313/1 – 12/2022 beantragt, von allen Verfahrensbeteiligten inklusive der involvierten Fachstelle Jugendamt Neckar-Odenwaldkreis unter der Verantwortung des Landrats ***, offizielle Stellungnahmen in den beantragten anhängigen NS-Rechtssachen ordnungsgemäß und vollständig einzuholen. Zu diesen Personen bei der involvierten Fachstelle Jugendamt NOK BCH und MOS unter der Verantwortung des Landrats *** zählen sowohl die konkret jeweiligen fallverantwortlichen involvierten Ihnen benannten und bekannten ASD-Sozialarbeiterinnen, die in der jeweiligen kollegialen Fachberatung involvierten ASD-Mitarbeiter*innen sowie die jeweilige verantwortliche Sachgebiets- und Amtsleitung. Die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiterinnen vom Landratsamt Mosbach verweigern aber nachweisbar bisher die diesbezüglichen direkten unter 3.23214 beim Landratsamt Mosbach beantragten Stellungnahmen.

Dabei wurden beim AG MOS unter 6F 9/22 konkret beantragt, konkrete offizielle Stellungnahmen und Sachvorträge der hier involvierten Fachstelle Jugendamt Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach u. a. zu NS-Unrecht und NS-Verbrechen-Fragestellungen und dies insbesondere professionskritisch zur Nazi-Kinder- und Jugendhilfe und zur Nazi-Familienrechtspraxis im Verantwortungsbereich der damaligen deutschen Jugendämter mit professionskritischer Selbstreflexion auf die heutige Rolle und Funktion des Jugendamtes beim Landratsamt Mosbach einzuholen. Und zwar mit folgenden Anregungen und Fragestellungen :

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Auftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung mit ihrem Schutzauftrag für Kinder- und Jugendliche bei Organisation, Aufrechterhaltung und Betrieb von Nazi-Jugendkonzentrationslagern ?

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Schutzauftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für Kinder- und Jugendliche während der Massentötungen von Babys und Kindern der osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen in Ausländerkinderpflegestätten, Entbindungs- und Säuglingsheimen unter dem Nazi-Terror- und Vernichtungsregime ?

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Auftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für Kinder- und Jugendliche in der zentralen und dezentralen Massentötung von Kindern und Jugendlichen während der Nazi-Kinder-Euthanasie-Aktion T4?

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Auftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für Kinder- und Jugendliche im Zusammenhang mit der Sippenhaft gegen Kinder von Widerstandskämpfern a) Von Vätern im militärischen Widerstand, insbesondere im Zusammenhang mit dem Hitlerattentat des 20.07.1944 sowie b) Von Vätern in der Anti-Hitler-Koalition BDO und NKFD mit der Inhaftierung und Verbringung von Kindern, u.a. im Kinderheim Bad Sachsa der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und in Gestapo-Gefängnissen ?

Welche konkrete Zusammenarbeit hat es zwischen deutschen Jugendämtern und der Gestapo gegeben ?

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Schutzauftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für Kinder- und Jugendliche bezüglich des nationalsozialistischen Lebensborn e.V. ?

Welche Rolle und Funktion hatten deutsche Jugendämter bei ihrem Schutzauftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für Kinder- und Jugendliche in der jugendlichen Opposition gegen das NS-Terror- und Vernichtungsregime und für die inhaftierten, gefolterten und zum Tode verurteilten Mitglieder der NS-Jugendwiderstandsbewegungen ?

Welche konkreten Widerstandsleistungen von welchen konkreten deutschen Jugendämtern bei ihrem Auftrag als deutsche Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung hat es gegen die Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten ab 1933 gegeben ?

Welche konkreten deutschen Jugendamtsmitarbeiter haben sich damals wann, wie, wo nachweisbar öffentlich gegen die Nazi-Ideologie-Vorgaben der erbbiologischen und rassehygienischen Ausleseverfahren in ihrer Arbeit geäußert und nachweisbar öffentlich Widerstandsleistungen aufgezeigt ?

AUSZÜGE AUS

**AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS**

Welche konkreten deutschen Jugendamtsmitarbeiter haben sich damals wann, wie, wo nachweisbar öffentlich gegen die Nazi-Ideologie-Vorgaben der Zwangsorganisation von Kindern und Jugendlichen in der Hitlerjugend und im Bund deutscher Mädel geäußert und Widerstandsleistungen aufgezeigt ?

Und welche konkreten deutschen Jugendamtsmitarbeiter, insbesondere auch beim Landratsamt Mosbach unter der AKTUELLEN Verantwortung des Landrats *** haben sich bis heute nachweisbar öffentlich ausgesprochen bzw. sprechen sich jetzt und heute nachweisbar öffentlich gegen die Rolle der deutschen Jugendamtsinstitution im Zusammenhang mit NS-Verbrechen, insbesondere professionskritisch gegen die Nazi-Kinder- und Jugendhilfe und gegen Nazi-Familienrechtspraxis aus ?

Wie Sie, Herr *** als Erster Landesbeamter beim Landratsamt Mosbach, ganz zutreffend selbst sagen, es kann nur ein „Nie Wieder!“ geben. Aber dazu bedarf es Anstrengungen und konsequentes Handeln. Es kann und darf in Bezug auf den Nationalsozialismus, auf Rechtsextremismus, auf Neonazistische Organisationen und Bewegungen sowie auf Rassismus und Diskriminierung kein Graues Dazwischen geben. Die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiterinnen des Landratsamtes Mosbach verweigern bisher nachweisbar sowohl die bei ihnen direkt angefragten Stellungnahmen unter 3.23214 beim Landratsamt Mosbach als auch die per gerichtlichem Verfahren angefragten Stellungnahmen beim AG Mosbach unter 6F 9/22 sowie beim LG Mosbach unter E 313/1 – 12/2022. Damit tragen, wie hier dargelegt, die Ihnen benannten und bekannten Mitarbeiter*innen des Landratsamtes Mosbach maßgeblich zur Entschleunigung bei den Aufarbeitungsbemühungen zur NS-Thematik bei.

Daraus ergibt sich konsequenterweise die Fragestellung, ob es sich hier generell um ein strukturelles Problem ausgehend von der zuständigen und verantwortlichen Leitung des Jugendamtes Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach im Umgang mit Nationalsozialismus, NS- Unrecht und NS-Verbrechen handeln könnte, oder aber ob dies eher auf individuelle Unkenntnis, Unsicherheit, oder sogar AKTUELL KONKRETEN Widerwillen einzelner bestimmter Mitarbeiter*innen des Jugendamtes Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach zurückzuführen sein könnte, sich der IMMERAKTUELLEN NSTHEMATIK in hoher angemessener Kommunikationsbereitschaft zu öffnen, sich damit offen und konstruktiv zu beschäftigen und diese auch ordnungsgemäß abzarbeiten, insbesondere bei offiziellen Anfragen.

Hiermit ergeht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats ***, auf die diesbezügliche transparente öffentlich nachvollziehbare Überprüfung der zuständigen und verantwortlichen Jugendamtsleitung Neckar-Odenwaldkreis beim Landratsamt Mosbach durch die zuständige Fachaufsicht beim Landratsamt Mosbach.

AUSZÜGE AUS

*AKTUELLER OFFENER BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH:
An den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022
zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN,
RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS*

Offizieller Antrag auf ordnungsgemäß bestätigte Weiterleitung des ersten AKTUELLEN OFFENEN BRIEFES #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH, d.h. an den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022 zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NSVERBRECHEN, RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS

Hiermit ergeht der offizielle Antrag an das Landratsamt Mosbach, konkret an den ersten Landesbeamten, unter der gegenwärtigen Verantwortung des Landrats ***, den hiermit vorliegenden ersten AKTUELLEN OFFENEN BRIEF #001 AN DAS LANDRATSAMT MOSBACH an den Ersten Landesbeamten vom 17.07.2022 zu NATIONALSOZIALISMUS, NS-UNRECHT UND NS-VERBRECHEN, RECHTSEXTREMISMUS UND NEO-NAZISMUS ordnungsgemäß mit offizieller transparenter Eingangs- und Weiterleitungsbestätigung unter konkreter Benennung der konkreten Sachverhalte an den zuständigen Landrat *** ordnungsgemäß weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

+++